

27.11.2014

# Beschlussempfehlung und Bericht

## des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
- Drucksachen 16/6500, 16/6710 (Ergänzung) und 16/6990 (Zweite Ergänzung) -

2. Lesung

## Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

**Berichterstatter**

Abgeordneter Daniel Sieveke

## Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 03 wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 27.11.2014/Ausgegeben: 01.12.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)



## Bericht

### **A Beratungsergebnis der Fachausschüsse**

Der Entwurf des Einzelplans 03 wurde vom

- Innenausschuss Vorlage 16/2463  
und dem
- Parlamentarischen Kontrollgremium Vorlage 16/2373

beraten. Erläuterungen zum Entwurf des Einzelplans 03 lagen zu den Beratungen als Vorlage 16/2173 vor.

- a) Der Innenausschuss hat den Einzelplan 03 in seinen Sitzungen am 18. September 2014 und 23. Oktober 2014 beraten und am 20. November 2014 abschließend beraten und abgestimmt. Zur Abstimmung lagen dort bereits die beiden später auch im HFA zu stellenden Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung vor. Beide Anträge wurden mehrheitlich angenommen. Dementsprechend hat der Innenausschuss in seiner Vorlage 16/2463 die veränderte Annahme empfohlen. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus den beigefügten Anhängen.
- b) Der geheimzuhaltende Wirtschaftsplan des Verfassungsschutzes wird inhaltlich durch das allein zuständige Parlamentarische Kontrollgremium beraten. Das Kontrollgremium hat den Haushalts- und Finanzausschuss mit der Vorlage 16/2373 über die Zustimmung zum Wirtschaftsplan unterrichtet.
- c) Der Ausschuss für Kommunalpolitik hat intensiv den Entwurf zum GFG 2015 beraten. Daneben erfolgte keine Befassung mit dem Einzelplan 03.

### **B Beratungsergebnisse der Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses**

Die Berichterstatter des Haushalts- und Finanzausschusses haben sich mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Das Ergebnis der Beratungen ergibt sich aus der Vorlage 16/2413.

### **C Beratungen der Unterausschüsse**

Im Unterausschuss „Personal“ erfolgte die Beratung zum Personaletat am 18. November 2014. Das Ergebnis ist in der Vorlage 16/2452 dargestellt. Des Weiteren sind die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses im Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2015 – Drucksache 16/7500 – dargestellt. Änderungsanträge lagen im Unterausschuss „Personal“ nicht vor. Der Personaletat des Einzelplans 03 wurde im Unterausschuss „Personal“ mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ erfolgten die Beratungen zum Landesbetrieb Information und Technik NRW, Kapitel 03 610 am 29. Oktober 2014. Das Ergebnis der Beratungen ist in Vorlage 16/2356 dargestellt. Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Das Kapitel 03 610 wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN unverändert angenommen.

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist in dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 16/7520 - dargestellt.

#### **D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss**

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 27. November 2014 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 03 befasst. Es lagen zwei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen mit Votum des Innenausschusses sowie acht Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN zur Abstimmung vor. Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mehrheitlich angenommen, die Fraktionsanträge der PIRATEN wurden jeweils mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus dem Anhang.

#### **E Gesamtabstimmung**

In der Gesamtabstimmung wurde der so veränderte Entwurf des Einzelplans 03 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP sowie der PIRATEN **angenommen**.

Christian Möbius  
Vorsitzender

Anhang: 2 Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und GRÜNEN  
8 Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Personalhaushalt

1	SPD GRÜNE	<p><b>Kapitel 03 010      Ministerium</b></p> <p><b>Titel 422 01      Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter</b></p> <p>Änderungen des Stellenplans wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 14 wird um 2 auf 32 erhöht.</li> <li>• Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 wird um 4 auf 128 erhöht.</li> </ul> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;"><b>Entwurf 2015</b></td> <td style="text-align: center;"><b>Ansatz lt. HH 2014</b></td> </tr> <tr> <td>von                      33.918.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">31.875.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um                        317.900 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf                        34.236.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><b><u>Begründung:</u></b></p> <p>Die aktuelle Lageentwicklung in Syrien und im Nordirak erhöht die Gefahr von terroristischen Anschlägen in Deutschland. Das salafistische Personenpotenzial hat sich in den letzten Jahren quantitativ deutlich erhöht und zunehmend radikalisiert. Der Verfassungsschutz NRW steht insoweit vor einer sicherheitspolitischen Herausforderung, die einen intensiveren Ressourceneinsatz in der operativen Auswertung und vorbeugenden Bekämpfung im Bereich des Salafismus erfordert. Neben der Verstärkung durch vier Sachbearbeiter (A 11), die dringend für die Auswertung der anfallenden Erkenntnisse benötigt werden, sollen auch die Mittel für zwei Referentinnen / Referenten des h.D. (A 14) eingestellt werden.</p>	<b>Entwurf 2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>	von                      33.918.800 Euro	31.875.400 Euro	um                        317.900 Euro		auf                        34.236.700 Euro		<p>Votum Innenausschuss: <b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>Abstimmung HFA: <b>angenommen</b></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>PIRATEN</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	nein
<b>Entwurf 2015</b>	<b>Ansatz lt. HH 2014</b>																														
von                      33.918.800 Euro	31.875.400 Euro																														
um                        317.900 Euro																															
auf                        34.236.700 Euro																															
SPD	ja																														
CDU	Enth.																														
GRÜNE	ja																														
FDP	ja																														
PIRATEN	nein																														
SPD	ja																														
CDU	Enth.																														
GRÜNE	ja																														
FDP	ja																														
PIRATEN	nein																														

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
2	PIRATEN	<p><b>Kapitel</b>                    <b>03 010</b>  <b>Titel</b>                        <b>547 60</b>  <b>Titelbezeichnung:</b> <b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsaufgaben</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>2015</b>  von    4 167 000    Euro  um        767 000        Euro  auf     3 400 000     Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Die von der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung des Baransatzes für den Verfassungsschutz NRW lässt sich nicht begründen und soll nicht im Haushalt berücksichtigt werden.  Die Arbeit des Verfassungsschutzes NRW geriet zuletzt aus vielerlei Gründen stark in Kritik. Weder wusste der Verfassungsschutz laut eigenen Angaben von der Massenüberwachung aller Bürger Nordrhein-Westfalens noch über die Spionageaktivitäten ausländischer Geheimdienste bei nordrhein-westfälischen Unternehmen Bescheid. Zuletzt zeigte der Verfassungsschutz im Falle der Hooligans-Demo in Köln, dass er seinen Aufgaben, der Einschätzung der Gefahr und Gewaltbereitschaft Rechtsradikaler in NRW, nicht gerecht wird. Eine Erhöhung des Etats, wie durch die Landesregierung geplant, würde ein von Grund auf falsches Signal senden.  Weiterhin sollen Bildungs- und Präventionsangebote z.B. gegen</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

zu 2		Salafismus nicht in den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes fallen, sondern muss Aufgabe ziviler Bildungseinrichtungen sein. Der Baransatz für Projekte wie „Wegweiser“ muss damit an anderer Stelle und unter anderer Verantwortung veranschlagt werden.	
------	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
3	PIRATEN	<p><b>Kapitel</b>                    <b>03 010</b>  <b>Titel</b>                        <b>812 60</b>  <b>Titelbezeichnung:</b> <b>Investitionen (Inland)</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>2015</b>  von     920 000     Euro  um     120 000     Euro  auf     800 000     Euro</p> <p><b>Begründung:</b>  Die von der Landesregierung beabsichtigte Erhöhung des Baransatzes für den Verfassungsschutz NRW lässt sich nicht begründen und soll nicht im Haushalt berücksichtigt werden.  Die Arbeit des Verfassungsschutzes NRW geriet zuletzt aus vielerlei Gründen stark in Kritik. Weder wusste der Verfassungsschutz laut eigenen Angaben von der Massenüberwachung aller Bürger Nordrhein-Westfalens noch über die Spionageaktivitäten ausländischer Geheimdienste bei nordrhein-westfälischen Unternehmen Bescheid. Zuletzt zeigte der Verfassungsschutz im Falle der Hooligans-Demo in Köln, dass er seinen Aufgaben, der Einschätzung der Gefahr und Gewaltbereitschaft Rechtsradikaler in NRW, nicht gerecht wird. Eine Erhöhung des Etats, wie durch die Landesregierung geplant, würde ein von Grund auf falsches Signal senden.  Weiterhin sollen Bildungs- und Präventionsangebote z.B. gegen</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

zu 3		Salafismus nicht in den Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes fallen, sondern muss Aufgabe ziviler Bildungseinrichtungen sein. Der Baransatz für Projekte wie „Wegweiser“ muss damit an anderer Stelle und unter anderer Verantwortung veranschlagt werde	
------	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt / Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
4	PIRATEN	<p><b>Kapitel 03 030</b>  <b>Titel xxx xx (neuer Titel)</b>  <b>Titelbezeichnung Beschwerdemanagement und Förderung der Willkommenskultur rund um die Landesaufnahmen</b></p> <p>Einrichtung eines neuen Titels</p> <p>2015  von 0 Euro  um 2 930 000 Euro  auf 2 930 000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der jahrelangen Vernachlässigung der Landeseinrichtungen für Asylbewerber durch die Landesregierung ist die Einrichtung eines Beschwerdemanagements in den Landesaufnahmeeinrichtungen unabdingbar. Durch die zur Verfügung gestellten Gelder soll ein transparentes, unabhängiges und dezentrales Beschwerde- und Qualitätsmanagement angelehnt an den sächsischen "Heim-TÜV" finanziert werden. Des Weiteren sollen durch diesen Titel Personalstellen in den Einrichtungen des Landes geschaffen werden, die im Sinne einer Willkommenskultur Kontakte zwischen Einwohnern und Schutzsuchenden herstellen, damit Einwohner mit Flüchtlingen ins Gespräch kommen und</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD        nein  CDU        nein  GRÜNE    nein  FDP        nein  PIRATEN    ja</p>

zu 4		um auf allen Seiten etwaige Ängste abzubauen. Auch das ehrenamtliche Engagement rund um die Landesaufnahmen kann durch diesen Titel gefördert werden. Deckung des Betrages ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030 Titel 536 00 „Rückführung“.	
------	--	--	--



zu 5		Personalstellen erhalten, die Flüchtlinge dabei unterstützen, geeignete Wohnungen zu finden. Gefördert werden Kommunen, die angelehnt an Konzepte der Städte Köln, Mülheim an der Ruhr, Leverkusen, Lünen, Bremen u.a. die generelle Unterbringung in Wohnungen ermöglichen und ein Prüfverfahren für die wenigen verbleibenden Übergangseinrichtungen – im Sinne eines dezentralen Qualitäts- und Beschwerdemanagements angelehnt an den sächsischen Heim-TÜV – betreiben oder einrichten wollen.	
------	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
6	PIRATEN	<p><b>Kapitel            03 030</b>  <b>Titel                684 10</b>  <b>Titelbezeichnung   Förderung der Flüchtlingsarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2015</b>  von                    180 000        Euro  um                     70 000         Euro  auf                     250 000        Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Aufgrund der seit Jahren steigenden Flüchtlingszahlen und der daraus resultierenden Mehraufgaben für die Flüchtlingsarbeit des Flüchtlingsrates NRW ist eine Erhöhung des Ansatzes überfällig. Seit dem Haushaltsjahr 2011 ist der Titel nicht erhöht worden, daher ist die Erhöhung um 70.000 Euro zur Sicherstellung einer angemessenen und sehr guten Flüchtlingsarbeit erforderlich. Deckung des Betrages ergibt sich aus dem Änderungsantrag zu Kapitel 03 030 Titel 536 00 „Rückführung“.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN       ja</p>



zu 7		fließen: Hierzu wird ein Titel „Modellkommune für die anonyme Krankenkarte“ im Haushaltsplanentwurf 2015 geschaffen. Kommunen können aus diesem Haushaltstitel Gelder erhalten, die durch die Einrichtung einer anonymen Krankenkarte – analog den Konzepten aus Niedersachsen – die medizinische Versorgung für Menschen ohne definierten Aufenthaltsstatus sicherstellen. Ziel ist die geschützte Vermittlung von anonymen Krankenscheinen. Der anonyme Krankenschein wird dabei in kommunalen Pilotprojekten in Zusammenarbeit mit Organisationen der medizinischen Flüchtlingshilfe umgesetzt.	
------	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
8	PIRATEN	<p><b>Kapitel            03 030</b>  <b>Titel                536 00</b>  <b>Titelbezeichnung   Rückführung</b></p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p><b>2015</b>  von                    6 000 000    Euro  um                     3 000 000    Euro  auf                     3 000 000    Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Im Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 plant die Landesregierung eine Erhöhung dieses Titels um 1.800.000 auf 6.000.000 Euro. Diese Erhöhung ist nicht nötig, da erstens die tatsächlichen Ausgaben im Jahr 2013 bei ca. 2,6 Millionen (Ist-Betrag) lagen und zweitens verschiedene Initiativen, z. B. Drucksache 16/4637, der Landesregierung und geplante Gesetzesvorhaben der Bundesregierung für mehr Bleiberechte von Geduldeten sorgen werden.</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN       ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03  
zum Haushaltsgesetz 2015**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
9	PIRATEN	<p><b>Kapitel</b>                    <b>03 030</b>  <b>Titel</b>                        <b>684 20</b>  <b>Titelbezeichnung</b>    <b>Soziale Beratung der Flüchtlingsarbeit</b></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p><b>2015</b>  von                    3 252 000    Euro  um                     3 748 000    Euro  auf                    7 000 000    Euro</p> <p><b>Begründung:</b></p> <p>Am 20. Oktober 2014 fand ein Flüchtlingsgipfel in NRW statt, dessen Beschlüsse in Form des Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 16/7145) am 5. November in der 70. Plenarsitzung eine Mehrheit fanden. Es wurde u.a. beschlossen, dass das auf dem Flüchtlingsgipfel vereinbarte Maßnahmenpaket zügig umgesetzt wird. Ein umzusetzender Beschluss des Gipfels ist die Erhöhung der Zuweisungen für die soziale Beratung von Flüchtlingen auf sieben Millionen Euro. Mit der Erhöhung sollen nun aber – durch die Annahme der o. g. Drucksache und entgegen der Vereinbarung des Flüchtlingsgipfels – neben der seit Jahren geförderten sozialen Beratung auch ein dezentrales Beschwerdemanagement in den</p>	<p><b>abgelehnt</b></p> <p>SPD            nein  CDU            nein  GRÜNE        nein  FDP            nein  PIRATEN        ja</p>

zu 9		<p>Landeseinrichtungen sowie das ehrenamtliche Engagement gefördert werden.</p> <p>Die Erhöhung der Gelder um 3,748 Millionen soll nur für die "soziale Beratung" eingesetzt werden. Diese Verdoppelung ist vor dem Hintergrund der beinahe doppelten Zahl der Asylanträge (2012: 77.651; 2013: 127.023; Januar-Oktober 2014: 158.080) dringend geboten. Der Titel "Soziale Beratung für Flüchtlinge" wurde für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 um jeweils lediglich 400.000 Euro erhöht. Für das geplante dezentrale Beschwerdemanagement und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements rund um die Landeseinrichtungen wird ein neuer Titel eingerichtet.</p>	
------	--	---	--



Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
zu 10		<p>Der Petitionsausschuss des Landtags hat bereits in 2010 die Landesregierung gebeten, die Forderungen für eine bessere Besoldung der Beamtinnen und Beamten des mittleren Dienstes der Arbeitsverwaltung zu berücksichtigen.</p> <p>Mit der Änderung der Laufbahnverordnung sind die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen worden, die nun auch haushaltsmäßig vollzogen werden sollten.</p>	



**Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2015**

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales**

**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales**  
**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Ergänzung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
<b>03 010</b> 422 01	<b>Ministerium</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	33.918.800	317.900	34.236.700
<b>03 310</b> 422 74	<b>Fünf Bezirksregierungen - Titelgruppe 74 Arbeitsschutz</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter sowie der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	23.419.100	50.000	23.469.100
	<b><u>Abschluss Einzelplan 03:</u></b>			
	<b>Einnahmen:</b>	<b>188.331.200</b>	<b>0</b>	<b>188.331.200</b>
	<b>Ausgaben:</b>	<b>5.220.241.600</b>	<b>367.900</b>	<b>5.220.609.500</b>
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	<b>348.474.400</b>	<b>0</b>	<b>348.474.400</b>

**Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales**

**Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten**

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Ergänzung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
03 010 422 01	<p><b>Ministerium</b> Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p><b>Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 14 wird von 30 um 2 auf 32 erhöht.</b> Oberregierungsvermessungsrat/Oberregierungsvermessungsrätin Oberregierungsrat/Oberregierungsrätin Kriminaloberrat/Kriminaloberrätin Polizeioberrat/Polizeioberrätin</p> <p><b>Die Zahl der Planstellen der Besoldungsgruppe A 11 wird von 124 um 4 auf 128 erhöht.</b> Brandamtmann/Brandamtfrau Regierungsvermessungsamtmann/Regierungsvermessungsamtfrau Bibliotheksamtmann/Bibliotheksamtfrau Kriminalhauptkommissar/Kriminalhauptkommissarin Polizeihauptkommissar/Polizeihauptkommissarin</p>	30	2	32
		124	4	128

